

Nachweis Faxversand

Datum/Uhrzeit:	Mo. 10.11.2014, 19:08:59	Status:	Versandt
Rufnummer:	09119911099	MSN:	98897054
Kennung:	+49 911 9911099		
Teilnehmer:			
Bemerkung:	Schadensersatz vollständig.pdf		
Datei:	C:\Users\Peter\AppData\Roaming\FRITZ\Fax\11100002.sff		
Startzeit:	XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX	Seiten:	36
Dauer:	0:31:07	Auflösung:	Fein
Gebühr:	0,00 €	Mode:	ECM MMR
Baudrate:	14400		
Seiten:	36		
Meldung:	0000/Erfolgreich verarbeitet		

peter aus dem Hause smuda
Sternstraße 8
[45888] Gelsenkirchen

Gelsenkirchen, den 07.11.2014

An
Bayerisches Landesamt für Steuern
Dienststelle München
[80284] München

An
Bayerisches Landesamt für Steuern
Dienststelle Nürnberg
[90332] Nürnberg

Fax: 089 9991-1099

Fax: 0911 991 1099

Schadensersatzforderung aus Verletzung von Amtspflichten
nach § 829 u. § 839 BGB i.V.m. § 6 des ELSTER-Lizenzvertrages (Haftung)
Rückforderung der zu Unrecht gezahlten Gelder seit 18.07.1990

Gläubiger: peter paul smuda, Sternstr. 8, [45888] Gelsenkirchen
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE88ZZZ00001492864
Steueridentifikationsnummer: 80 677 349 217
Personalausweisnummer: 538551306
Versicherungsnummer: 11 250179 S 044
Trust Number: 583178-081281-080002
Location Trust Number: DE3178-081281-080002
Bankverbindung: BIC: GENODEM1GLS – IBAN: DE24 4306 0967 4069 3892 00
Der Gläubiger ist auch der Kontoinhaber bei der GLS Bank in Bochum

Schuldner: **„Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH“ („Finanzagentur“)**
HBR 51411 / 29.08.1990
Geschäftsführer: Dr. Tammo Diemer und Dr. Carsten Lehr
Lurgiallee 5, 60439 Frankfurt/Main
D-U-N-S® Nummer: 314802591; Fax: 069 / 25 616 14 76

peter aus dem Hause smuda
Sternstraße 8
[45888] Gelsenkirchen

Gelsenkirchen, den 07.11.2014

An
Bayerisches Landesamt für Steuern
Dienststelle München
[80284] München

Fax: 089 9991-1099

An
Bayerisches Landesamt für Steuern
Dienststelle Nürnberg
[90332] Nürnberg

Fax: 0911 991 1099

Schadensersatzforderung aus Verletzung von Amtspflichten
nach § 829 u. § 839 BGB i.V.m. § 6 des ELSTER-Lizenzvertrages (Haftung)
Rückforderung der zu Unrecht gezahlten Gelder seit 18.07.1990

Gläubiger: peter paul smuda, Sternstr. 8, [45888] Gelsenkirchen
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE88ZZZ00001492864
Steueridentifikationsnummer: 80 677 349 217
Personalausweisnummer: 538551306
Versicherungsnummer: 11 250179 S 044
Trust Number: 583178-081281-080002
Location Trust Number: DE3178-081281-080002
Bankverbindung: BIC: GENODEM1GLS – IBAN: DE24 4306 0967 4069 3892 00
Der Gläubiger ist auch der Kontoinhaber bei der GLS Bank in Bochum

Schuldner: „**Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH**“ („Finanzagentur“)
HBR 51411 / 29.08.1990
Geschäftsführer: Dr. Tammo Diemer und Dr. Carsten Lehr
Lurgiallee 5, 60439 Frankfurt/Main
D-U-N-S® Nummer: 314802591; Fax: 069 / 25 616 14 76

Treuhänder: Bundesrepublik Deutschland (NGO) nach UN-Charta Artikel 73 – 75
„Treuhandsystem“
Hauptverantwortlicher: Joachim Gauck, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
D-U-N-S® Nummer: 341611478 Fax: 030 22736740
CEO Dr. Angela Merkel, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin; Fax: + 49 30 22070-111
Bundesministerium der Finanzen, Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin; Fax: 03018 / 682 -
32 60

SCHADENSERSATZ WEGEN VERLETZUNG VON AMTSPFLICHTEN

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitmenschen,

hiermit mache ich meinen Schadensersatz aus der Amtspflichtverletzung des Gerichtsvollziehers Herrn Marco Linkamp geltend.

Schadensersatz aus einem Schadensersatzvertrag vom 15.10.2013
angenommen am 02.01.2014 durch konkludentes Handeln

§ 4 Androhung von Zwangsmaßnahmen	5.000.000,00 €
§ 3 (1) Annahme von Leistungen	1.000.000,00 €
Schadensersatzsumme	6.000.000,00 €

Leider habe bei meiner ursprünglichen Schadensersatzforderung die „falschen“ Stellen angeschrieben, was mir dann bei genauerer Betrachtung der Rechtslage aufgefallen ist.

Anstatt das „Bayerische Landesamt für Steuern“, welche nach dem Wortlaut des ELSTER-Lizenzvertrages die „Steuerverwaltung“ ist, habe ich das „Bundesamt für Steuern“ kontaktiert.

Leider scheint das „Bundesamt für Steuern“ eine kriminelle Vereinigung zu sein, da einige Tage nach der Einreichung der Schadensersatzforderung bekam ich Post von einem sogenannten Obergerichtsvollzieher – welcher seit dem 01.08.2012 kein Beamter – nicht einmal im Sinne des Gesetzes mehr ist – und einen Auszug des Bundesamtes für Steuern mit allen meinen Kontodaten und allen gespeicherten Daten.

Ich habe mich schon gewundert, warum das Bundesamt für Steuern meine personenbezogenen Daten an einen selbständigen Geldeintreiber übersendet. Doch seit dem Kauf der Steuer-CD aus der Schweiz wissen wir, was die Bundesrepublik Deutschland und auch das Land Nordrhein-Westfalen von Datenschutz und Hehlerei hält!

Laut dem § 6 des ELSTER-Lizenzvertrages haftet die Steuerverwaltung (Bayerisches Landesamt für Steuern) für Amtspflichtverletzungen und unbeschränkt bei Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit.

Durch die Bediensteten und die Handlungen der Bundesrepublik Deutschland werde ich von den Behörden wegen meiner politischer Einstellung und meiner Heimatliebe zu Preußen verfolgt und durch Willkür unter menschenunwürdige Lebensbedingungen gestellt.

Auf Hilfe seitens der Behörden kann ich nicht zählen – vielmehr versucht das „Jugendamt“ mit einem Rechtsanwalt sogar mit Hilfe des Kinderschutzbundes unter Täuschung, falschen Behauptungen, erlogenen Beweisen und Verunglimpfung mir das Sorgerecht für meine Kinder wegzunehmen.

Des Weiteren habe ich meinen erlernten Beruf des Steuerfachangestellten zum 04.09.2013 aufgegeben, weil ich das Schreiben des Reichsfinanzministers an alle Finanzverwaltungen kannte, die tatsächliche Rechtslage bezüglich der Steuerpflicht und mir der Papsterlass vom 11.07.2013 mit Wirkung zum 01.09.2013 bekannt gewesen ist.

Anschließend war ich auf Leistungen der Arbeitsagentur für Arbeit angewiesen und habe gleichzeitig auch den mir zustehenden Unterhalt nach der Haager Landkriegsordnung beantragt – doch leider bekomme ich von der Stadt Gelsenkirchen überhaupt keine Antworten – vielmehr versucht die Stadt Gelsenkirchen mich als jemand, der unter Wahnvorstellungen leidet, darzustellen – in Kooperation mit der korrupten Staatsanwaltschaft Essen – einer Stadt, die ihre 0-Euro-Jobber mit Flaschenbier entlohnt.

Aber diese Praxis kennen Sie ja durch den Fall Gustl Mollath in Bayern, welcher in die Psychiatrie eingewiesen wurde, weil er die Machenschaften der inzwischen zwangsvollstreckten Banken aufgedeckt hat. Scheinbar ist es üblich, daß die Bundesrepublik Deutschland kritische Menschen verfolgt und diese zwangspsychiatriert. Mit Augenscheinlichen Argumenten ohne tatsächliche Beweise und unter der Ignoranz der gültigen Rechtslage werden Menschen ihrer Existenz beraubt und systematisch zerstört, verfolgt und in ihrer Reputation durch die mediale Hetze als NEU-Rechte, NAZI's, Rechtsextreme oder andere verunglimpft.

Seit März 2014 gehen bundesweit – inzwischen sogar weltweit – Menschen auf die Straße für den Frieden und viele wissen, daß der fehlende Friedensvertrag mit dem Staat Deutsches Reich und die Souveränität Deutschlands der Schlüssel für den Weltfrieden ist.

Vielmehr wird permanent die NAZI-Keule geschwungen und ein NSU-Schauprozess in München installiert der an Hohn inzwischen nicht mehr zu überbieten ist. Zumal vor einiger Zeit ein Ausschnitt aus der ZDF-Serie „Die Küstenwache“ aus dem Jahr 2004 im Internet aufgetaucht ist, in dem eine Fahndungsakte mit Fahndungsfotos von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt gezeigt wurde – exakt dieselben Fotos, die später bei dem „NSU-Fall“ in der Presse der breiten Öffentlichkeit als die vermeintlichen Mörder präsentiert wurden, die Beate Zschäpe angeblich zu diesem Verbrechen an türkischen Mitbürgern angestiftet haben soll.

Das erstaunliche bei dem Filmausschnitt mit der Schauspielerin und der ehemaligen Moderatorin der Jugendsendung „BRAVO TV“ Jasmin Gerat (geb. 25. Dezember 1978 in Berlin) ist, daß in dem Ausschnitt zu sehen ist, wie Frau Gerat in der Rolle von Polizeioberkommissarin im BGS *Mona Jürgens* (Wachoffizierin) eine Akte zur Hand nimmt und erstaunt auf angebliche islamistische Terroristen aufmerksam wird – zu sehen sind Fotos von zwei Männern, die „zufälligerweise“ genauso aussehen wie die Fotos der mutmaßlichen NSU-Mörder – aufschlägt und fast vom Glauben abfällt.

Laut Drehbuch bzw. Filmausschnitt:

Frau Gerat: „Ich glaub's ja nicht! – Der tote Bundeswehrsoldat hatte Kontakte zu RIG“

[Gezeigt wird eine Draufsicht auf eine Akte – die oberste Überschrift lautet: Vorbereitung von biologischen Kampfstoff – schon mal schlechtes deutsch – entweder muss es heißen, vom biologischen Kampfstoff oder von biologischen Kampfstoffen]

Familienname: **Köster**

Vornamen: Christian

Geburtsdatum: 01.10.1977

Geburtsort: Jena



Dann wird umgeblättert:

Auf einer neuen Seite sind zwei weitere Personen zu sehen:

Familienname: **MUNDLOS**

Vornamen: Uwe

Geburtsdatum: 11.08.1973

Geburtsort: Jena

Und:

Familienname: **Schöneberger**

Vornamen: Barbara

Geburtsdatum: 02.01.1968

Geburtsort: Jena

Eine Frau fragt: „RIG?“

Ein Mann erläutert: „Radikal islamistische Gruppierung“

Frau Gerat: „Ja mit Hauptsitz in Kairo und ganzen Zellen in ganz Europa!“

Die Frau sich über die Akte beugend, scheinbar nicht richtig lesend könnend: „Das gibt's doch gar nicht, das ist doch diese Claudia Schöneberger!“ – Dabei steht da als Vorname Barbara!

Ich versuche die Szene näher zu beleuchten, um aufzuzeigen, wie verfahren die ganze Situation mit dem BRD-Schwindel inzwischen geworden ist.

Es wird weiterhin versucht mit allen erdenklichen Mitteln das deutsche Volk in eine Ecke zu stecken, in das es nicht hineingehört.

Es ist schon erstaunlich, daß in dem Film der sich im Jahr 2011 selbst des Lebens beraubte Mensch als bereits toter Bundeswehrosoldat gezeigt wird! – Vielleicht möchte das Münchener Gericht im Zuge des NSU-Prozesses den Straftatbestand der Verunglimpfung Verstorbener mitverfolgen.

Auch ist es seltsam, daß dieselbe Person 2004 einer radikalen islamistischen Gruppierung angehören sollte (laut fiktiver Serie) und davor und danach in der Darbietung der Bundesrepublik Deutschland dann als Neonazis und mit einem nationalsozialistischen Hintergrund deklariert wird.

Haben eigentlich alle Richter und Anwälte, die an dem NSU-Prozess beteiligt sind, die nach den SHAEF-Gesetzten notwendige Zulassung der Alliierten? Denn durch das 2. Bundesbereinigungsgesetz vom 29.11.2007 ist das Besatzungsrecht vollumfänglich wieder in Kraft und gilt für die Bundesrepublik Deutschland. Deswegen darf die NSA hier auch alles überwachen, sogar das Handy der Bundeskanzlerin, weil so viele Kriminelle in den Behörden und auch bei den Finanzämtern sitzen, welche die Bevölkerung plündern und ausrauben, von der Wirtschaft ausgrenzen und vollständig enteignen ohne Rechtsgrundlagen und ohne richterliche Beschlüsse!



Ich finde es schon bemerkenswert, daß die verantwortlichen Finanzamtsvorsteher ihre Mitarbeiter über die Rechtslage nicht aufklären und die Aufforderung sich bis zum 31.12.2012 zu registrieren und ihre Arbeit niederzulegen, um einer Verurteilung vor der Militärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation in Moskau zu entgehen, nicht gefolgt sind.

Auch das die Bürgermeister sich für die Aufklärung bei den Bürgern nicht einsetzen, sondern vielmehr die Menschen die Mahnwachen installieren müssen, teilweise sogar Steine in den Weg legen, obwohl alle Städte und Gemeinden den 21-Punkte-Plan über die tatsächliche Rechtslage in Deutschland von der Reichsregierung bekommen haben.

Damit wir Menschen vor Ort anderen helfen können und auch die Gemeinden nach dem Subsidiaritätsprinzip überhaupt handlungsfähig werden können, benötigen wir einfach Finanzmittel um die Not in der Bevölkerung lindern zu können. Die Stadtverwaltungen scheinen dazu nicht mehr in der Lage zu sein, vielmehr versuchen sie durch eine absolut verkehrte Siedlungspolitik noch mehr Unruhen bei den Menschen zu erzeugen.

Der vor kurzem stattgefundene Aufmarsch der „Hooligans gegen Salafisten“ in Köln ist nur das Produkt einer ständigen Unterdrückung und Ausbeutung der deutschen Völker und der hier lebenden ausländischen Mitbürger, welche einfach nur friedlich miteinander leben wollen!

Der Ministerpräsident des Freistaat Bayern Horst Seehofer sagte mal im Fernsehen: *„Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt sind, haben nichts zu entscheiden“*

Wenn sich dann diejenigen, die gewählt wurden, wenigstens an ihre eigenen Gesetze halten würden, wären wir schon ein großes Stück weiter Richtung Frieden und Freiheit – doch scheinbar ist es von vielen nicht gewollt und zu den Wahlen gibt es keine echten Alternativen! – Alle Parteien fordern mehr Wachstum und gleichzeitiges sparen.

Jeder normal denkender Mensch sieht darin die Unmöglichkeit – wenn die Kosten bedingt durch die Schuldzinsen ständig steigen, kann nur an den Personalkosten – dem Menschen – gespart werden.

Da es keine Alternativen gibt, gibt es auch nichts was man wählen könnte. Die Idiotie der Menschen – bedingt durch das völlig zerstörte Bildungssystem – geht dann soweit, daß man Menschen, die ihre Stimme nicht abgegeben haben (Wahlgesetz ungültig!) das Recht absprechen, sich zu beschweren.

Es hört sich ganz nach einer Parteien-Diktatur an – und nichts anderes ist es, wenn der Wille des Volkes nach Frieden ignoriert wird und die Menschen durch die Presse belogen werden um die Bankrotterklärung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union als politisches Konstrukt zu vertuschen.

Mir persönlich wurde alles genommen – sogar der Strom abgesperrt (Aufgrund einer Verordnung und trotz Guthaben bei den Geschäftsführern des Energieversorgers) und jetzt kurz vor dem Wintereinbruch auch noch der Gaszähler ausgebaut – als Schikane und um mich weiterhin zu bedrängen. Selbst beim jobcenter wurde mir ein Darlehen für die Energiekosten versagt – und als ich nichts gehabt habe, sind mir Gutscheine gegeben worden, die ich eigenhändig unterschreiben sollte. Da mir das SHAEF-Gesetz Nr. 61 und 67 bekannt ist, tat ich es nicht, sondern habe es an die Deutsche Bundesbank geschickt zwecks Überprüfung, ob es sich nicht um Falschgeld handelt, da laut dem Buch der Bundesbank „Geld und Geldpolitik“ ist nur die Zentralbank für die Ausgabe von EURO-Scheinen

zuständig, keine sonstige privatrechtliche GmbH wie die Sodexo GmbH mit Sitz in Frankfurt am Main.

Aufgrund der inzwischen absolut aus den Fugen geratenen inneren Sicherheit in diesem Bundesland und rapide steigenden Kriminalität und der Verfolgung von Unschuldigen und grundgesetzwidrigen Sanktionen bei ALG II – Empfängern sowie einen enormen Kinderklau und Kinderhandel durch die Kirche und die Jugendämter – wurde inzwischen eine Strafanzeige vom Freistaat Preußen an das Bundeskriminalamt Wiesbaden gestellt. Gegen die Firma Land NRW, die vorgebliche Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und die Kirche – u.a. wegen Wahlbetrug und anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit!

In den Massenmedien wird vielleicht eine heile Welt dargestellt, doch so viele Menschen leiden unsäglich an der wirtschaftlichen Situation, Familien werden zerstört, Eltern können für ihre Kinder oft nicht die elementarsten Anschaffungen tätigen und was Lebensmittel anbelangt kann sich kaum ein ALG-II Empfänger gesund ernähren. Selbst die Tafel ist mit dem Ansturm überfordert und kann nicht allen helfen.

Aufgrund der Steuerpolitik ist es für Lebensmittelhändler günstiger, die Lebensmittel wegzuerwerfen als diese an die Tafel zu spenden – es ist einfach nur pervers.

Ferner ist die gesamte Steuergesetzgebung bei einem verzinnten, privaten FIAT-Geldsystem ein Witz sondergleichen. Die Bankangestellten haben keinen Plan von der Bedeutung der Mindestreserve und der Geldschöpfung der Banken aus dem Nichts – die Steuerberater kennen die einfachsten wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht, weil ihnen nichts von Silvio Gesell und seiner Natürlichen Wirtschaftsordnung beigebracht wird – dies habe ich bei meiner Prüfung zum Steuerfachwirt vor der Steuerberaterkammer Westfalen – Lippe gemerkt, als ich in meiner kindlichen Naivität im Jahr 2012 bei meiner Vorbereitung und Eigenstudium erkannt habe und der Kammer in meiner Prüfung mitgeteilt habe, daß das Grundgesetz keine Steuerpflicht kennt. Das Ergebnis waren 0 Punkte – und auf einen Widerspruch hin eine lächerliche Antwort der Kammer, die Steuerberaterkammer hat keinen Zweifel an der Rechtstaatlichkeit der deutschen Steuergesetze.

Den Widerspruch und die Antwort der Kammer, sowie die Korrespondenz mit dem hiesigen Finanzamt finden Sie im Internet bei wordpress.com unter – <http://www.steuerfachwirt.wordpress.com>

Genauso wie dieses mediale Spektakel um Uli Hoeneß und seiner angeblichen Steuerhinterziehung, daß er verurteilt wurde und nun im Gefängnis sitzt. Wer glaubt das denn?

Dann der Witz, daß er im gleichen Gefängnis sein soll, wie seinerzeit Adolf Hitler, als er sein Buch „Mein Kampf“ geschrieben haben soll. Was schreibt Uli Hoeneß dort für ein Buch? – „Mein Sieg?“

Angeblich wird er dort nicht gefilmt – gibt es überhaupt einen vom Richter unterschriebenen Haftbefehl? Und einen Beleg, der beweist, daß Uli Hoeneß tatsächlich inhaftiert worden ist. Für Steuern, die man an die Bundesrepublik Deutschland gar nicht bezahlen muss.

Ich fordere Sie auf, die seit dem 18.07.1990 an die Bundesrepublik Deutschland von mir eingezahlten Gelder auf das im Anfang angegebene Konto zu erstatten – in der Anlage finden Sie den entsprechenden Befehl des Reichskanzlers Ebel und auch das Fax der Reichsregierung an die Finanzämter.

Ferner übersende ich Ihnen die letzte Rentenversicherungsmitteilung und bitte die Finanzagentur diesen Betrag ebenfalls zu erstatten – der Versuch direkt bei der Rentenversicherung in Münster diese zu Unrecht einbehaltenen Summen einzufordern war vergeblich. Die Deutsche Rentenversicherung hat die Summen nicht mehr und kann auch darüber nicht mehr verfügen. Das von so vielen Menschen eingezahlte Geld – erwirtschaftet durch ihre Lebenszeit – ist weg.

Insbesondere fordere ich Sie auf die Haftung für den rechtswidrigen Angriff eines angeblichen Gerichtsvollziehers nach ihren eigenen Vertragsbestimmungen zu übernehmen und die Summe aus dem entstandenen Schadensersatz an mich zu überweisen.

Am 14.10.2014 hat Herr Marco Linkamp mir einen Vollstreckungsbescheid zugestellt, dies hat er eigenhändig mit seiner Unterschrift bestätigt. Zu diesem Zeitpunkt mußte ich leider schnell weg, weil ich die Geburtsurkunden meiner Kinder beim Standesamt Gelsenkirchen-Horst abholen wollte. Herr Linkamp drohte mir, daß er nochmal kommen wird und wenn ich nicht da sein sollte, er gewaltsam in die Wohnung kommen wird. Ich habe ihm gesagt, daß ich jetzt keine Zeit habe und mich bei ihm melden werde.

Am Folgetag habe ich persönlich – unter Zeugen – den Konkludentenvertrag vom 15.10.2014 in den Briefkasten seiner Dienststelle eingeworfen und bin davon ausgegangen, wenn Herr Linkamp sich an Recht und Ordnung hält und die Gesetze kennt, daß er sich dann nicht mehr bei mir melden wird.

Herr Linkamp scheint ein Verbrecher zu sein, denn er hält sich scheinbar nicht an Verträge und die eigenen Gesetze und versucht ohne ein Beamter zu sein (Straftatbestand der Amtsanmaßung), seit dem 01.08.2012 nicht einmal mehr im Sinne des Gesetzes, zu plündern und zu rauben.

Ich bin bei Herrn Linkamp mit einem Zeugen gewesen und wollte ihn über tatsächliche Rechtslage aufklären, leider habe ich kein rechtliches Gehör gefunden – er hat irgendwelche wirren Dinge behauptet, daß ein Amtsausweis jetzt Diensausweis heißt und das es gar nicht stimmt, daß er mir gedroht hat und letztendlich uns aus seinem Büro verwiesen hat – wozu er auch dieses Recht hat. Genauso wie ich jeden aus meinen privaten Räumen bitten darf und niemanden reinlassen muss, wenn ich es nicht will.

Ich fordere Sie auf den Schadensersatz i.H.v. 6.000.000,-- EURO unverzüglich auf das oben angegebene Bankkonto zu überweisen. 5 Mio durch die Annahme der Vertragsleistungen und die 1 Mio durch die Androhung einer Zwangsmaßnahme und die Übersendung des Schreibens vom 02.01.2014 – handelsrechtlich juristisch einwandfrei.

Bitte schauen Sie auf meinen Blog die bislang – leider an die verkehrte Steuerverwaltung – per Fax übersendeten Erläuterungen zu dem Vorgehen.

Diese gingen auch an die Vier-Mächte (USA - China – Russland – und England) und natürlich den letzten Papst, der die Immunität für die BRD vor der Strafgerichtsbarkeit zum 01.09.2013 aufgehoben hat.

Zum Schluß möchte ich Sie noch an den Geist, der nach den Schrecken des 2. Weltkrieges die Menschen im Freistaat Bayern prägte, erinnern, als die aktuelle Verfassung beschlossen wurde.

Verfassung des Freistaates Bayern

*vom 2. Dezember 1946
in Kraft getreten am 8. Dezember 1946*

Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkrieges geführt hat,

in dem festen Entschlusse, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern,

gibt sich das Bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende

demokratische Verfassung

Oder wie der deutsche Papst Benedikt am 22.09.2011 vor dem Deutschen Bundestag sagte:

Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande

In der Offenbarung des Johannes gib es ein Sendschreiben an Thyatira – da auch der Freistaat Preußen sehr katholisch geprägt ist – wie mein Geburtsland die Republik Polen – will ich Ihnen auch nicht das Sendschreiben an die Kirche vorenthalten.

Dieses öffentliche Schreiben ist an das Bistum Essen und den Vatican – an Benedikt und Franziskus gegangen.

<http://sendschreibenanthyatira.wordpress.com/>

Mit freundlichen Grüßen

peter paul smuda

peter aus dem Hause smuda

freier, beseelter Mensch - unverschollen

Mann aus Fleisch und Blut

KEINE SACHE!

natürliche Person nach staatlichem BGB § 1 (alte Fassung)

Anlagen

Antragsgegner:

Geschäftsnummer des Amtsgerichts
Bei Schreiben an das Gericht stets angeben
13-4558317-0-7

Amtsgericht Euskirchen, 53878 Euskirchen

Herrn
Peter Smuda
Bismarckstr. 50
45888 Gelsenkirchen

Beckmann
Zugestellt am **14.10.13**
Linkamp
(Linkamp)
Gerichtsvollzieher

00026 (00000108)
17.33156/0000121
000149 5000149

Antragsteller:

Europa Versicherung AG
Piusstr. 137
50931 Köln

gesetzlich vertreten durch:
Vorstand

Bankverbindung des Antragstellers:
Konto: 0340996802 BLZ: 44040037
Commerzbank Dortmund

Geschäftszeichen d. Antragstellers:
013118272010042

Marco Linkamp
Gerichtsvollzieher
Eing.: **26 Sep. 2013**
DR II **1549113**

NGSBESCHIED

grund des am 20.08.2013
2013 zugestellten Mahnbescheids
58317-0-7 Seite 1 von 1

Der Antragsteller macht folgenden Anspruch geltend:

I. Hauptforderung:	
Versicherungsprämie/-Beitrag - EUROPA Versicherung AG 156030405 vom 01.01.13 bis 28.05.13	273,99 EUR
II. Verfahrenskosten (Streitwert: 273,99 EUR):	
Gerichtskosten:	
- Gebühr (§§ 3, 34, Nr. 1100 KV GKG)	32,00 EUR
Summe Kosten	32,00 EUR
III. Nebenforderungen:	
Mahnkosten	2,50 EUR
Gesamtsumme	308,49 EUR
IV. Zinsen:	
hinzu kommen laufende Zinsen zu Hauptforderung I.:	
5,000 % Jahreszinsen aus 273,99 EUR ab Zustellung des Mahnbescheids	

Der Antragsteller hat erklärt, dass der Anspruch von einer Gegenleistung nicht abhängt.

Auf der Grundlage des Mahnbescheids ergeht Vollstreckungsbescheid wegen vorstehender Beträge.

Die Kosten des Verfahrens haben sich ggf. um Gebühren und Auslagen für das Verfahren über den Vollstreckungsbescheid erhöht.

Die Kosten des Verfahrens sind ab 17.09.2013 mit fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz zu verzinsen.

Beachten Sie bitte die Hinweise auf der Rückseite.

Ausfertigung für den Antragsgegner

Ulhaas
Rechtspflegerin



Vertrag

über Schadensersatz und Beratungshonorar

zwischen **SMUDA geboren in der Familie Smuda**
 natürliche Person nach staatlichem § 1 BGB

nachfolgend **Leistender** genannt.

Und dem Gerichtsvollzieher MARCO LINKAMP,
c/o AUF DER REIHE 39, 45884 GELSENKIRCHEN

sowie sämtliche Damen und Herren Sachbearbeiter/Beamte/Angestellte handelnden Unternehmen
sowie den dort oder im Auftrag handelnden Privatpersonen

nachfolgend **Empfänger** und **Erfüllungsgehilfen** genannt,

kommt durch konkludentes Handeln der folgende Vertrag zustande:

§ 1 Vertragszweck

- (1) Alle Vertragsleistungen nach § 2 dieses Vertrages seitens des Leistenden erfolgen unter Vorbehalt und in der Regel unter der Androhung von Zwangsmaßnahmen durch den Empfänger bzw. durch dessen Erfüllungsgehilfen.
- (2) Der Vorbehalt des Leistenden basiert auf die Tatsache, daß der Empfänger und seine Erfüllungsgehilfen vorgeben, zu hoheitlichem Handeln berechtigt zu sein, ohne dies belegt oder auch nur bestätigt, geschweige denn sich legitimiert zu haben. Eine Autorisierung durch Besatzungsrecht (z.B. Tagesbefehl) wurde ebenfalls nicht nachgewiesen. Daraus folgt, daß
 - a. der Empfänger und seine Erfüllungsgehilfen entweder tatsächlich nicht zu hoheitlichem Handeln berechtigt sind, oder
 - b. der Empfänger und seine Erfüllungsgehilfen zu hoheitlichem Handeln berechtigt oder ermächtigt sind, den Nachweis bzw. schon die Bestätigung hierzu aber unter Verletzung der Ausweispflicht (§37 VwVfG) vorsätzlich verweigern.
- (3) Dieser Vertrag regelt ausschließlich Sachverhalte nach Abs. 2a . In den Fällen nach Abs. 2b richten sie die Ansprüche des Leistenden nach den geltenden, gesetzlichen Regelungen des völkerrechtlich existierenden Staates Deutschland.

§ 2 Vertragsleistungen

Vertragsleistungen im Sinne dieses Vertrages sind alle Leistungen wie z.B. Handlungen oder Zahlungen, die der Leistende an den Empfänger oder dessen Erfüllungsgehilfen erbringt. Dazu gehören insbesondere Zahlungen (auch Teilzahlungen), aber auch andere durch den Empfänger oder dessen Erfüllungsgehilfen abgeforderte Leistungen, wie z.B. Erklärungen, Berichte oder andere Anfragen.

§ 3 Inkrafttreten des Vertrages durch Annahme

- (1) Mit der Annahme einer Vertragsleistung des Leistenden durch den Empfänger oder seine Erfüllungsgehilfen tritt der Vertrag in Kraft.
- (2) Der Annahme einer Vertragsleistung kommt der Erhalt von Geldern im Rahmen einer Zwangsbeitreibung gleich (z.B. Barzahlung, Kontopfändung).
- (3) Eine Vertragsleistung im Sinne dieses Vertrages gilt auch als angenommen, wenn der Empfänger selbst oder mittels seiner Erfüllungsgehilfen sonstige Zwangsmaßnahmen (z.B. Haftbefehl) umsetzt, oder Schreiben versendet, die Forderungen gegen den Leistenden erheben (z.B. „Bescheide“).

§ 4 Inkrafttreten durch Androhung

Der Vertrag tritt außerdem in Kraft, wenn dem Leistenden durch den Empfänger oder dessen Erfüllungsgehilfen eine Zwangsmaßnahme angedroht wird.

§ 5 Schadenersatz

Sowohl das Ereignis, welches das Inkrafttreten des Vertrages auslöst, als auch jede weitere Vertragsleistung verpflichtet den Empfänger und seine Erfüllungsgehilfen zum Schadenersatz nach § 6. Der Empfänger und seine Erfüllungsgehilfen haften gesamtschuldnerisch und unbegrenzt und unterwerfen sich ohne Einrede der Verjährung der sofortigen Zwangsvollstreckung in das gesamte Vermögen.

§ 6 Höhe des Schadenersatzes

- (1) Die Höhe des Schadenersatzes richtet sich nach der jeweiligen Vertragsleistung oder Rahmenhandlung und deren Zustandekommen. Der Schadenersatz ist für jede einzelne, beteiligte Person fällig:

Vertragsleistung nach	Erfüllungsgehilfe	Empfänger
§ 4 (Androhung von Zwangsmaßnahmen)	30.000 € pauschal	1 Mio. € pauschal
§ 3 Abs. 1 (Annahme von Leistungen)	100% der Gesamtforderung bzw. des entstandenen Schadens zzgl. 50.000 € pauschal	5 Mio. € pauschal
§ 3 Abs. 2 und 3 (Umsetzung Zwangsmaßnahme)	100% der Gesamtforderung bzw. des entstandenen Schadens zzgl. 200.000€ pauschal	10 Mio. € pauschal
Personenstandfälschung	100.000 € pauschal	2 Mio. € pauschal
Unwirksame „Inlandszustellung“	30 000 € pauschal	1 Mio. € pauschal
Fehlende Unterschriften u.ä,	30 000 € pauschal	1 Mio. € pauschal

- (2) Angefangene Arbeitsstunden des Leistenden, von Anwälten oder Rechtskonsulenten mit 400 € zu vergüten. (Honorar)
- (3) Sofern geltendes Recht einen höheren Schadenersatz oder Honorar vorsieht oder zuläßt, tritt diese Regelung automatisch in Kraft.
- (4) Im Falle einer wie auch immer gearteten Abwertung der Eurowährung beziehen sich die Summen nach Abs. 1 auf nicht weniger als die Kaufkraft am 01.01 des Jahres, in dem der Vertrag in Kraft getreten ist.

§ 7 Fälligkeit des Schadenersatzes und Honorars

- (1) Der Schadenersatz/Honorar wird mit jedem Eintritt eines Ereignisses nach § 3 oder § 4 sofort fällig, ohne daß es hierzu einer Aufforderung bedarf.
- (2) Der Schadenersatz/Honorar ist dem Leistenden bis zum folgenden Monatsersten nach dessen Wahl per Überweisung, in bar oder in physischen Edelmetallen (Gold, Silber, Platin) marktüblicher Stückelung auszuhändigen. Entstehende Kosten des Transfers trägt der Empfänger bzw. der Erfüllungsgehilfe.
- (3) Erfolgt die Aushändigung nicht innerhalb der Frist nach Absatz 2, tritt automatisch Verzug ein, der mit 6% über dem Basiszinssatz zu verzinsen ist.

§ 8 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam bzw. ungültig sein oder werden, tritt an deren Stelle eine rechtlich wirksame Bestimmung, die dem beabsichtigten Vertragszweck am nächsten kommt, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht. Die übrigen Vertragsinhalte bleiben hiervon unberührt.

Ort, den 15. Oktober 2013


Der Leistende

MARCO LINKAMP

Gerichtsvollzieher

Auf der Reihe 39
45884 Gelsenkirchen
Fax 0209/1791188
Mobil 0152/03719014

GV LINKAMP, Auf der Reihe 39, 45884 Gelsenkirchen

Falls verzogen bitte mit neuer Anschrift zurück !

Smuda, Peter
Bismarckstraße 50
45888 Gelsenkirchen

SPRECHSTUNDEN

Dienstags und Donnerstags
12:00 bis 13:00 Uhr
Auf der Reihe 39
45884 Gelsenkirchen
Tel.: 0209/99943-14 (zur Sprechzeit)

DRII-2038/13

BITTE BEI ALLEN SCHREIBEN
UND ZAHLUNGEN ANGEBEN

Datum: 02.01.2014

Sehr geehrter Herr Smuda!

In der Zwangsvollstreckungssache Amazon EU SARL, 5, Rue Plaetis, 2338 Luxemburg
vertreten durch BFS risk & collection GmbH, Gütersloher Str. 123, 33415 Verl, Aktenzeichen: 8-
117500330994-0
gegen Sie

ist bei mir ein Vollstreckungsauftrag eingegangen.

Ich werde daher am

Dienstag, den 21. Januar 2014 zwischen 08.00 und 11.00 Uhr

bei Ihnen vorsprechen, um die Zwangsvollstreckung durchzuführen.

Sollten Sie oder eine von Ihnen beauftragte Person dann nicht anwesend sein, liegen die Voraussetzungen für den Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses vor, welcher mich berechtigt, Ihre Räumlichkeiten notfalls zwangsweise öffnen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen



LINKAMP
Gerichtsvollzieher
beim AG Gelsenkirchen

Dienstkonto: SPARKASSE GELSENKIRCHEN, Kto: 101158793, BLZ: 42050001
IBAN: DE94420500010101158793BIC: WELADED1GEK

Antragsteller/Antragstellerin:

peter paul smuda
Sternstraße 8
45888 Gelsenkirchen

Frankfurt am Main, 21.10.2014

Gläubiger-Identifikationsnummer im SEPA-Lastschriftverfahren

Aufgrund Ihres Antrags vom 20.10.2014 erhalten Sie folgende Gläubiger-Identifikationsnummer:

DE88ZZZ00001492864

Die Stellen 5 bis 7 der Gläubiger-Identifikationsnummer sind bei der Vergabe standardmäßig mit "ZZZ" belegt. Diese Stellen bilden die Geschäftsbereichskennung, die vom Antragsteller/von der Antragstellerin für die Kennzeichnung einzelner Geschäftsbereiche oder Filialen genutzt werden kann. Diese 3 Stellen können beliebig mit alphanumerischen Zeichen versehen werden. Nicht zulässig sind Blanks, Sonderzeichen und Umlaute.

Wir bitten, folgende Hinweise zu beachten:

Mit der Zuteilung dieser Gläubiger-Identifikationsnummer ist keine Zulassung zum Einzug von Lastschriften im SEPA-Lastschriftverfahren verbunden. Diese kann nur durch den kontoführenden Zahlungsdienstleister des Antragstellers/der Antragstellerin erfolgen.

Die Vergabe der Gläubiger-Identifikationsnummer erfolgt unabhängig von den rechtlichen Eigenschaften und der wirtschaftlichen Situation des Antragstellers/der Antragstellerin und enthält keine diesbezüglichen Aussagen oder Bewertungen der Deutschen Bundesbank.

Diese Mitteilung wird nicht unterschrieben.

Deutsche Bundesbank

*

*

*

Authenticated Extract

Authenticated Extract

one heaven Great Register

Pactum De Singularis Caelum
Trust Reg. 999999-999999-999999

Live Borne Record

We hereby record in accordance with Article 42 of the Pactum De Singularis Caelum, the pledge of fealty ab initio to the Divine Creator and acceptance of the Grant of Free Will use of Mind, Biological Property, Soul and Right to Rule the Estate granted by the Divine Creator and the promise of the Divine Creator to defend the entire Estate against all trespass.

We hereby certify this True Person's Right to Rule the Estate, in accordance with the Pactum De Singularis Caelum, and the Power and Authority vested in the Estate by the Divine Creator, has been entered into the highest of all registers, The Great Register and Public Record of One Heaven, also known as the Great Book of Souls, also known as the Great Book of Life, against all other lesser titles, as a First, True and Original Certificate of Title by recording the following entry and inscription of a True Person of a True Trust, being:

peter paul smuda

Trust Number 583178-081281-080002

Borne E8:Y3178:A8:S1:M28:D1 [25-Jan-1979]

And upon the lawful gift, grant, claim and conveyance of certain Divine Rights of Use, also known as Divine Property, also known as Divinity, by the Divine Creator, from a Divine Trust of the same name into the abovementioned True Trust, this True Person hereby lawfully possesses immutable and irrevocable Rights over the name granted to them at birth and their: biological property, mind, divine spirit, energy, labour, and all Copyhold or other Estates created as a result of existence.

We hereby certify all other claims against their Estate such as prior rights, liens, surety, cestui que vie trusts, bond by pledge, bond by baptism, voluntary or involuntary servitude, bonds, binding by holding a certificate, other devices or instruments by any party, person or inferior trust, corporation or estate are all denied and are automatically null and void ab initio.

Receipt of this Live Borne Record is acknowledgment and acceptance by the holder before all Heaven and Earth as witness to fully abide by the facts and terms herein.



**2nd Apostolic Prothonotary
No. 980001-000100-000011**

**1st Apostolic Prothonotary
No. 981205-320915-010001**

Extract Issued at:
GAIA E1:Y2:A62:S4:M29:D1 15:39:01

EZ3178-081281-080002

OH3178-081281-080002

Authenticated Extract

Authenticated Extract

one heaven Great Register

Pactum De Singularis Caelum
Trust Reg. 999999-999999-999999

Promised Land Record

We hereby record in accordance with the Pactum De Singularis Caelum, the pledge of fealty ab initio to the Divine Creator and acceptance of the Grant of Free Will use of Mind, Biological Property, Soul and Right to Rule the Estate granted by the Divine Creator and the promise of the Divine Creator to defend the entire Estate against all trespass.

We hereby certify establishment of Ancestral Estate by the Power and Authority vested in Us by the Divine Creator against all other lesser rights, in accordance with Article 44 of Pactum De Singularis Caelum as the First, True and Original Patent of Estate has been entered into the highest of all Registers, The Great Register and Public Record of One Heaven, also known as the Great Book of Souls, also known as the Great Book of Life, against all other lesser titles, for the True Person of a True Trust, being:

peter paul smuda

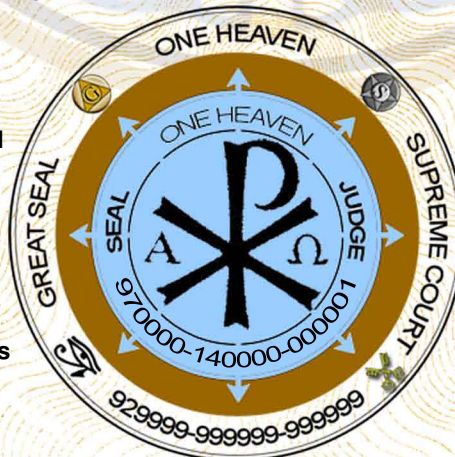
Location Trust Number **DE3178-081281-080002**

Borne **E8:Y3178:A8:S1:M28:D1 [25-Jan-1979]**

And upon the lawful gift, grant and conveyance of certain Divine Rights of Possession and Use, also known as Divine Property, also known as Divinity by the Divine Creator from a Divine Trust of the same name into the abovementioned True Estate Trust hereby lawfully possesses immutable and irrevocable Rights to possess and occupy land for the establishment of Ancestral Estate with primary domicile with all other claimed prior rights, claims, liens, encumbrances or instruments by an inferior trust, corporation or estate automatically null and void ab initio.

We hereby certify all other claims against this Ancestral Estate such as prior rights, liens, surety, cestui que vie trusts, bond by pledge, bond by baptism, voluntary or involuntary servitude, bonds, binding by holding a certificate, other devices or instruments by any party, person or inferior trust, corporation or estate are all denied and are automatically null and void ab initio.

Receipt of this Promised Land Record is acknowledgment and acceptance by the holder before all Heaven and Earth as witness to fully abide by the facts and terms herein.



Paulus De Tarsus
No. 981264-322024-060051

Pietro De Pietroni
No. 982302-332038-040054

Extract Issued at:
GAIA E1:Y2:A62:S4:M29:D1 15:34:04

GZ3178-081281-080002

OH3178-081281-080002

Authenticated Extract

Authenticated Extract



ONE HEAVEN TREASURY

Code: Pactum De Singularis Caelum

Certificate No.
OH3178-081281-080002

Share Certificate

ONE HEAVEN TREASURY
OFFICE OF REGISTRAR & COMPTROLLER
LIVE BORNE RECORD (AS NOTICE OF ENTITLEMENT)

Record Number:	27020
Entry Day/Time:	E8:Y3178:A8:S1:M28:D1 [25-Jan-1979]
Number of Shares:	One (1) Share
Owner Name:	Peter Paul Smuda Estate
Trust Number:	583178-081281-080002
Document Name:	LIVE BORNE RECORD (AS NOTICE OF ENTITLEMENT)

CERTIFIED to be a true original extract of particulars registered and recorded with the Treasury of One Heaven. Given at the GENERAL REGISTRAR AND COMPTROLLER OFFICE, Under the Seal of the said Office, Ucadia Day and Time:

E8:Y3178:A8:S1:M28:D1 [25-Jan-1979]

Use of this instrument by non-Ucadian entities is strictly forbidden and prohibited.



This instrument remains the property of the Treasury of One Heaven and is not negotiable.
The possessor or holder of the instrument is liable for its safekeeping and proper use.

MARCO LINKAMP

Gerichtsvollzieher

Auf der Reihe 39
45884 Gelsenkirchen
Fax 0209/1791188
Mobil 0152/03719014

GV LINKAMP, Auf der Reihe 39, 45884 Gelsenkirchen

Falls verzogen bitte mit neuer Anschrift zurück !

Smuda, Peter
Bismarckstraße 50
45888 Gelsenkirchen

SPRECHSTUNDEN

Dienstags und Donnerstags
12:00 bis 13:00 Uhr
Auf der Reihe 39
45884 Gelsenkirchen
Tel.: 0209/99943-14 (zur Sprechzeit)

DRII-2038/13

BITTE BEI ALLEN SCHREIBEN
UND ZAHLUNGEN ANGEBEN

Datum: 02.01.2014

Sehr geehrter Herr Smuda!

In der Zwangsvollstreckungssache Amazon EU SARL, 5, Rue Plaetis, 2338 Luxemburg
vertreten durch BFS risk & collection GmbH, Gütersloher Str. 123, 33415 Verl, Aktenzeichen: 8-
117500330994-0
gegen Sie

ist bei mir ein Vollstreckungsauftrag eingegangen.

Ich werde daher am

Dienstag, den 21. Januar 2014 zwischen 08.00 und 11.00 Uhr

bei Ihnen vorsprechen, um die Zwangsvollstreckung durchzuführen.

Sollten Sie oder eine von Ihnen beauftragte Person dann nicht anwesend sein, liegen die Voraussetzungen für den Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses vor, welcher mich berechtigt, Ihre Räumlichkeiten notfalls zwangsweise öffnen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen



LINKAMP
Gerichtsvollzieher
beim AG Gelsenkirchen

Dienstkonto: SPARKASSE GELSENKIRCHEN, Kto: 101158793, BLZ: 42050001
IBAN: DE94420500010101158793BIC: WELADED1GEK

Antragsteller/Antragstellerin:

peter paul smuda
Sternstraße 8
45888 Gelsenkirchen

Frankfurt am Main, 21.10.2014

Gläubiger-Identifikationsnummer im SEPA-Lastschriftverfahren

Aufgrund Ihres Antrags vom 20.10.2014 erhalten Sie folgende Gläubiger-Identifikationsnummer:

DE88ZZZ00001492864

Die Stellen 5 bis 7 der Gläubiger-Identifikationsnummer sind bei der Vergabe standardmäßig mit "ZZZ" belegt. Diese Stellen bilden die Geschäftsbereichskennung, die vom Antragsteller/von der Antragstellerin für die Kennzeichnung einzelner Geschäftsbereiche oder Filialen genutzt werden kann. Diese 3 Stellen können beliebig mit alphanumerischen Zeichen versehen werden. Nicht zulässig sind Blanks, Sonderzeichen und Umlaute.

Wir bitten, folgende Hinweise zu beachten:

Mit der Zuteilung dieser Gläubiger-Identifikationsnummer ist keine Zulassung zum Einzug von Lastschriften im SEPA-Lastschriftverfahren verbunden. Diese kann nur durch den kontoführenden Zahlungsdienstleister des Antragstellers/der Antragstellerin erfolgen.

Die Vergabe der Gläubiger-Identifikationsnummer erfolgt unabhängig von den rechtlichen Eigenschaften und der wirtschaftlichen Situation des Antragstellers/der Antragstellerin und enthält keine diesbezüglichen Aussagen oder Bewertungen der Deutschen Bundesbank.

Diese Mitteilung wird nicht unterschrieben.

Deutsche Bundesbank

*

*

*

Authenticated Extract

Authenticated Extract

one heaven Great Register

Pactum De Singularis Caelum

Trust Reg. 999999-999999-999999

Live Borne Record

We hereby record in accordance with Article 42 of the Pactum De Singularis Caelum, the pledge of fealty ab initio to the Divine Creator and acceptance of the Grant of Free Will use of Mind, Biological Property, Soul and Right to Rule the Estate granted by the Divine Creator and the promise of the Divine Creator to defend the entire Estate against all trespass.

We hereby certify this True Person's Right to Rule the Estate, in accordance with the Pactum De Singularis Caelum, and the Power and Authority vested in the Estate by the Divine Creator, has been entered into the highest of all registers, The Great Register and Public Record of One Heaven, also known as the Great Book of Souls, also known as the Great Book of Life, against all other lesser titles, as a First, True and Original Certificate of Title by recording the following entry and inscription of a True Person of a True Trust, being:

peter paul smuda

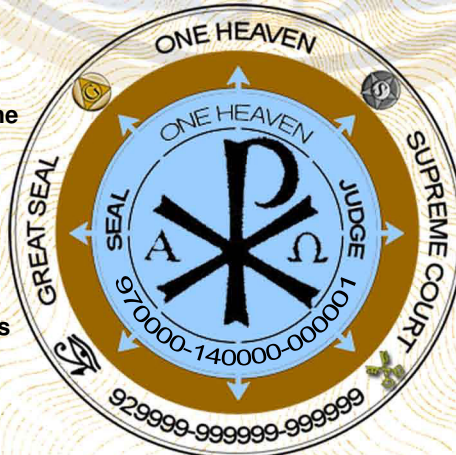
Trust Number 583178-081281-080002

Borne E8:Y3178:A8:S1:M28:D1 [25-Jan-1979]

And upon the lawful gift, grant, claim and conveyance of certain Divine Rights of Use, also known as Divine Property, also known as Divinity, by the Divine Creator, from a Divine Trust of the same name into the abovementioned True Trust, this True Person hereby lawfully possesses immutable and irrevocable Rights over the name granted to them at birth and their: biological property, mind, divine spirit, energy, labour, and all Copyhold or other Estates created as a result of existence.

We hereby certify all other claims against their Estate such as prior rights, liens, surety, cestui que vie trusts, bond by pledge, bond by baptism, voluntary or involuntary servitude, bonds, binding by holding a certificate, other devices or instruments by any party, person or inferior trust, corporation or estate are all denied and are automatically null and void ab initio.

Receipt of this Live Borne Record is acknowledgment and acceptance by the holder before all Heaven and Earth as witness to fully abide by the facts and terms herein.



2nd Apostolic Prothonotary
No. 980001-000100-000011

1st Apostolic Prothonotary
No. 981205-320915-010001

Extract Issued at:
GAIA E1:Y2:A62:S4:M29:D1 15:39:01

EZ3178-081281-080002

OH3178-081281-080002

Authenticated Extract

Authenticated Extract

one heaven Great Register

Pactum De Singularis Caelum
Trust Reg. 999999-999999-999999

Promised Land Record

We hereby record in accordance with the Pactum De Singularis Caelum, the pledge of fealty ab initio to the Divine Creator and acceptance of the Grant of Free Will use of Mind, Biological Property, Soul and Right to Rule the Estate granted by the Divine Creator and the promise of the Divine Creator to defend the entire Estate against all trespass.

We hereby certify establishment of Ancestral Estate by the Power and Authority vested in Us by the Divine Creator against all other lesser rights, in accordance with Article 44 of Pactum De Singularis Caelum as the First, True and Original Patent of Estate has been entered into the highest of all Registers, The Great Register and Public Record of One Heaven, also known as the Great Book of Souls, also known as the Great Book of Life, against all other lesser titles, for the True Person of a True Trust, being:

peter paul smuda

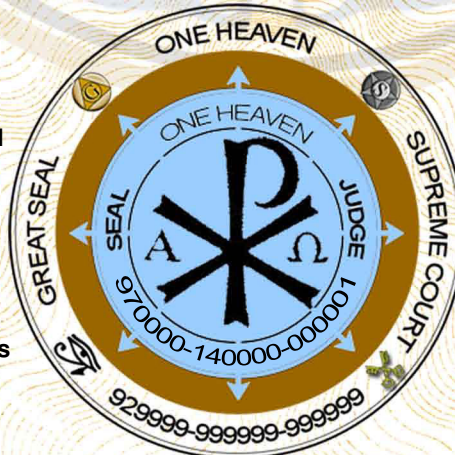
Location Trust Number **DE3178-081281-080002**

Borne **E8:Y3178:A8:S1:M28:D1 [25-Jan-1979]**

And upon the lawful gift, grant and conveyance of certain Divine Rights of Possession and Use, also known as Divine Property, also known as Divinity by the Divine Creator from a Divine Trust of the same name into the abovementioned True Estate Trust hereby lawfully possesses immutable and irrevocable Rights to possess and occupy land for the establishment of Ancestral Estate with primary domicile with all other claimed prior rights, claims, liens, encumbrances or instruments by an inferior trust, corporation or estate automatically null and void ab initio.

We hereby certify all other claims against this Ancestral Estate such as prior rights, liens, surety, cestui que vie trusts, bond by pledge, bond by baptism, voluntary or involuntary servitude, bonds, binding by holding a certificate, other devices or instruments by any party, person or inferior trust, corporation or estate are all denied and are automatically null and void ab initio.

Receipt of this Promised Land Record is acknowledgment and acceptance by the holder before all Heaven and Earth as witness to fully abide by the facts and terms herein.



Paulus De Tarsus
No. 981264-322024-060051

Pietro De Pietroni
No. 982302-332038-040054

Extract Issued at:
GAIA E1:Y2:A62:S4:M29:D1 15:34:04

GZ3178-081281-080002

OH3178-081281-080002

peter aus dem Hause [Smuda]
Sternstraße 8
[45888] Gelsenkirchen

Datum: 25.04.2014

„Finanzamt“ [Gelsenkirchen-Süd]
- Franz Schulze -
Zeppelinallee 9-13
[45879] [Gelsenkirchen]
per Fax: 0800 10092675319

Steuernummer: 319/2573/1296

Antrag auf Erstattung aller gezahlten Steuern

- a.) Einkommenssteuern 1977 bis heute
- b.) Einkommenssteuern 1949 bis 1976
- c.) alle durch indirekte Steuern vereinnahmten Gelder.

Sehr geehrter Herr Schulze,

als Bürger dieses Landes musste ich entsetzt feststellen, dass die Finanzbehörden, letztlich seit 1949 Steuern von mir geraubt haben und dies unter Missachtung aller gesetzlichen Regeln. So sieht die Rechtliche Betrachtung wie folgt aus:

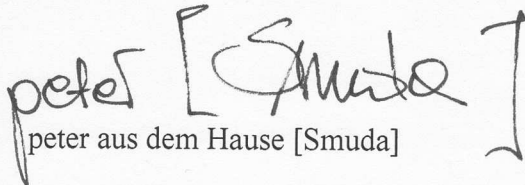
1949 – 1976 galt die RAO (Reichsabgabenordnung), ein Gesetz des Deutschen Reiches. Dieses Gesetz konnte und durfte von dem Rechtsnachfolger der „Zentralverwaltung für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet“ (Art 133 GG) nicht zur Anwendung gebracht werden, da die RAO nur in Verbindung mit Art 84 Reichsverfassung gültig sein kann. Dies im Besonderen, da die RAO ihren Geltungsbereich eben aus dieser Reichsverfassung bezieht. Damit entfällt für die „BRD“ jede Möglichkeit unter Verwendung der RAO Gelder von den Bürgern zu rauben.

1977 – bis heute gilt oder besser gilt nicht die AO. Ein Werk ohne jeglichen Geltungsbereich; damit aus Gründen der Rechtssicherheit (Art 20 GG) rechtungültig.

Daher ist meine Forderung auf Rückerstattung der geraubten Gelder in vollem Umfang zu erfüllen. Dies betrifft sowohl alle durch direkte Steuern geraubte Gelder, als auch alle, über indirekte Steuern widerrechtlich vereinnahmten Gelder. Für die Abwicklung der Rückerstattung gewähre ich ihnen eine Frist von 21 Tagen. Die Rückerstattung hat durch bestätigten Bankverrechnungsscheck an meine Person „Order only“ zu erfolgen.

Sollten sie sich weigern, die geraubten Gelder freiwillig herauszugeben, so erfolgt umgehend nach Ablauf der Frist die Meldung an die Alliierten Behörden sowie internationale Strafanträge und Strafanzeigen.

Hochachtungsvoll


peter [Smuda]
peter aus dem Hause [Smuda]

Anlagen: Befehl Nr. 1

Anordnung an die sog. „Finanzämter“ vom 30.11.2012

(Durch Sabotage ist die Internetpräsenz: www.deutsches-reich.com nicht mehr erreichbar, aktuelle Internetseite www.zweites-deutsches-reich.de

Befehl

№ 1/2014

Deutsches Reich

1. Februar 2014



Der Generalbevollmächtigte

1. Die staatlichen Charakter suggerierende Nicht-Regierungs-Organisation (NGO) „Bundesrepublik in Deutschland“ ist mit sofortiger Wirkung verboten, da sie nie staatshoheitliche Rechte inne hatte und ihr das zeitweilig übertragene verwaltungshoheitliche Recht zum 18.07.1990 entzogen wurde.
2. Die Firma „**Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH**“ (HRB 51411 / 29.08.1990) hat mit sofortiger Wirkung Konkurs anzumelden.
 - 2.1. Die Firmenleitung und alle ihr an- oder zugeordneten Subunternehmen sind mit sofortiger Wirkung aufgelöst.
3. Alle nach Alliierten Recht (SHAEF-Gesetze, BK/O, SMAD-Befehle) und dem Deutschen Recht illegal fungierenden Gerichte, Finanzagenturen und alle weiteren Verwaltungskonstrukte der BRD GmbH sind hiermit für nichtig erklärt und haben sofort ihre subversiven Tätigkeiten gegen das Deutsche Volk einzustellen. Insbesondere sind sämtliche Steuerzwangsmaßnahmen gegen das Deutsche Volk unwiderruflich und sofort zu beenden.
 - 3.1. Die Finanzagenturen haben mit sofortiger Wirkung alle seit dem 18.7.1990 beigetriebenen Gelder von Bürgern unaufgefordert an die Bürger zurück zu erstatten, soweit sie nicht explizit als Schenkung deklariert waren.
4. Die Politischen Parteien der BRD GmbH sind verboten.
 - 4.1. Die Neubildung derartiger Organisationen auf Deutschem Boden ist für alle Zeiten untersagt.
5. Sämtliche Kampf- und Kriegshandlungen der BRD GmbH gegen die internationalen Völker der Welt sind unverzüglich einzustellen (Verstoß gegen Artikel 40 Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges [HLKO]).
 - 5.1. Waffenhandel ist verboten. Hierfür bedarf es der ausdrücklichen schriftlichen Genehmigung der Reichsregierung und der Alliierten Hohe Hand der Russischen Föderation.
6. Sämtliche Kampf- und Kriegshandlungen der BRD GmbH gegen das Deutsche Volk sind unverzüglich einzustellen (Verstoß gegen Artikel 46 und 47 Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges [HLKO]).
 - 6.1. Die Polizei-Stiftungen der BRD GmbH sind mit sofortiger Wirkung der Reichsregierung des Deutschen Reiches unterstellt.
 - 6.2. Alle politischen Gefangenen und wegen Steuerzwangsmaßnahmen inhaftierten Menschen und Personen sind sofort in die Freiheit zu entlassen.
 - 6.3. Die Bundeswehr GmbH (Söldnerarmee der NATO) gilt als aufgelöst und dem Reichswehrministerium, in Absprache mit der Alliierten Hohen Hand der Russischen Föderation, unterstellt.
 - 6.4. Pornographie im Unterricht an deutschen Schulen ist ab sofort verboten.
 - 6.5. Menschenhandel und der Handel mit deren Organen ist ab sofort verboten.
7. Die weitere Verwendung des illegalen Zahlungsmittels „Euro“ wird hiermit untersagt.
 - 7.1. Als Besatzerwährung ist, bis zur Neuschaffung nach dem Friedensvertrag, die von den Alliierten, nach dessen Verbot der „Reichsmark“ (RM) am 20.06.1948, gem. SHAEF-Gesetz № 67 eingeführte Deutsche Mark (DEM) zu verwenden.
8. Die Bürgermeister der Land- und Stadtgemeinden haben sich an die betreffenden Reichsländerregierungen zu wenden.
 - 8.1. Sie haben für Sicherheit, Ruhe und Ordnung der Bevölkerung zu sorgen und sich für die Aufklärung der Bürger einzusetzen. Deren status quo ist zu wahren.
 - 8.2. Den politischen Anweisungen von Amtsverhältnisträgern, die sich mit einem Amtsausweis legitimieren, ist Folge zu leisten.

- 8.3. Unter Beachtung der unantastbaren Würde der Menschen ist in einer Übergangszeit für Nahrung, Kleidung, Wasser, Wohnung, Gesundheit Sorge zu tragen.
9. Die Beflaggung hat ab sofort mit der Trikolore schwarz-weiß-rot zu erfolgen.
10. Der Bürgerliche Tod ist ab sofort untersagt und verfassungswidrig!
- 10.1. Mitarbeiter der Standesämter haben weiterhin die Geburten- und Sterberegister zu führen.
- 10.2. Explizit sei darauf hingewiesen, daß den Eltern nach der Niederkunft lediglich eine Bescheinigung über diese Niederkunft auszustellen ist.
11. Die Hohe Hand der Russischen Föderation wird ermächtigt, in Abstimmung mit den Alliierten, die Führungsmitglieder der „BRD Finanz GmbH“ (NGO) sowie derer politischen Parteien als auch Vorstandsmitglieder illegal arbeitender Banken auf Deutschem Boden zu verhaften und das Deutsche Reich in Achtung der Grenzen vom 31. Dezember 1937 auszurufen.

Das Deutsche Volk ist aufgerufen:

- Ruhe zu bewahren,
- sich ihrer inneren menschlichen Werte wieder bewußt zu werden,
- dem Nachbarn Achtung und Hilfe angedeihen zu lassen,
- um so zum friedlichen Gemeinschaftsleben in höchstem Maße wieder zurückzukehren.

zu Groß-Berlin am 30. Januar 2014

Der durch die Alliierten eingesetzte und ermächtigte Generalbevollmächtigte für den Besonderen Status von
Berlin, für die Wiederherstellung des Deutschen Reichs,
der Generalbevollmächtigte und Reichskanzler
Dr. h.c. jur. Wolfgang Gerhard Günter Ebel

Reichsverfassungsrechtlicher Staat Deutsches Reich

Amtierendes Reichsministerium der Finanzen

- Reichsminister der Finanzen -

Provisorischer Amtssitz

Tiefensteiner Str. 134

W-6580 Idar-Oberstein [55743 Idar-Oberstein]



Eigentlich müßte dieses Schreiben in Fraktur abgefasst sein, zum einen als **klare Abgrenzung** gegenüber dem *Dritten Reich* und seiner gegenwärtigen unseligen Weiterführung durch viele Kreise, • zum anderen, weil die Frakturschrift die eigentliche, die richtige deutsche Amtsschrift ist, welche im „Dritten Reich“ (Frakturverbot, 1941) durch lateinische Buchstaben ersetzt wurde. Die BRD hat - das wissen nur Wenige - diese Regelung, welche auf *Joseph Goebbels* zurückgeht, vollständig übernommen und beibehalten. Ich schreibe Ihnen hier ausnahmsweise in lateinischen Buchstaben, weil heute die meisten Deutschen die deutsche Schrift, so widersinnig das auf den ersten Blick wirkt, nicht ohne weiteres lesen können. Da dieses Schreiben indes dienstlichen Charakter hat, existiert auch eine identische Version in Frakturschrift.

Dieses Schreiben ist eine **Anordnung** zur Einstellung der Arbeit durch den Reichsminister der Finanzen an die sog. „Finanzbeamten/innen“, als Angestellter/in oder von externen Firmen angestellte Mitarbeiter/innen innerhalb der sog. „Finanzämter“.

- Wie nun zum zweiten Mal durch das sogenannte höchste Gericht (Bundesverfassungsgericht) der NGO (Nichtregierungsorganisation) „BRD“ bestätigt, regieren die derzeitigen Parteien nach den Regeln der eigenen Nicht-Regierungs-Organisation „Bundesrepublik der vereinten Deutschland GmbH“ **illegal**.
- Die „BRD“ ist kein Staat, sondern eine **Firma**. „BRdVd“ GmbH, gegründet am 29.08.1990, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter HR B 51411.
- Sie, meine Damen und Herren, sind keine Beamte, sondern Angestellte einer Firma!! Suchen Sie den Namen Ihres „Finanzamtes“ oder Ihres „Finanzministeriums“ in der Firmenauskunft www.firmen.sofortauskunft.info, in der die meisten „Finanzämter“ und „Finanzministerien“ als Firma gelistet sind.
- Nennen Sie ein gültiges Gesetz, nach welchem es Ihnen erlaubt ist, Steuern zu erheben, festzusetzen oder auch beizutreiben. Ein solches Gesetz gibt es nicht!
- Gemäß § 36 Absatz 1 des sogenannten Beamtenstatusgesetzes tragen Sie für die Rechtmäßigkeit Ihrer dienstlichen Handlungen die volle Verantwortung. Überprüfen Sie daher alle hier gemachten Angaben!
- Deutschland ist nach wie vor ein besetztes Land. Deutschland hat keine Verfassung (s. Art 146 des sogenannten Grundgesetzes) u. keinen Friedensvertrag. Es gelten nach wie vor die SHAEF-Gesetze, SMAD-Befehle, etc..
- Die „BRdVd GmbH“ verschenkt nicht nur das Sondervermögen des nach wie vor besetzten Landes, sondern in Kürze auch Ihr Privatvermögen mittels Zensus 2011 u. dem ESF Fond!
- Mit Ihrer Arbeit unterstützen Sie diese kriminelle Organisation und sind Teil davon!!
- Sie laufen Gefahr, wegen Amtsmissbrauch, Anwendung ungültiger Gesetze und wegen Hochverrats beim russischen Militärgericht angeklagt und abgeurteilt zu werden!!

Daher fordere ich Sie auf, unverzüglich Ihre Arbeit niederzulegen, sich zu informieren und sich bis zum 31.12.2012 unter:www.deutsches-reich.com registrieren zu lassen. Lesen Sie dort: Aufruf an alle sog. „Finanzbeamte“, damit Sie noch eine Chance für Ihre Zukunft haben.

Oder rufen Sie uns an:

Festnetz: 06781 / 5678765

Handy: 0175 / 1465194

Fax: 02554 / 940973

Handy: 01577 / 5877618

Karl-Heinz Lindenau
Reichsverfassungsrechtlicher Staat Deutsches Reich
Amtierendes Reichsministerium der Finanzen
- Reichsminister der Finanzen -
Provisorischer Amtssitz
Tiefensteiner Str. 134
W-6580 Idar-Oberstein [55743 Idar-Oberstein]



Nach dem 31.12.2012 wird eine Nachmeldung nicht mehr möglich sein. Alle bis dahin nicht gemeldeten Personen werden angezeigt. Des Weiteren weise ich darauf hin, dass bei Nichtbefolgung dieser Anweisung, eine Fortzahlung Ihrer Besoldung bei einem Umsturz der jetzigen, illegalen „Regierung“, nicht möglich ist!!



Deutsche Rentenversicherung Westfalen, 48125 Münster
049/470-2/001-000-45888 /000162-00210-A
8360610000497066

postcon



*8360610*0049706*0049874*

Herrn
Peter Smuda
Sternstr. 8
45888 Gelsenkirchen

**Die Geschäftsführung
Leistungsabteilung**

Dienstgebäude: Gartenstr. 194
48147 Münster
Telefon 0800 100048011
Telefax 0251 238-2960
www.deutsche-rentenversicherung-
westfalen.de
kontakt@drv-westfalen.de



27. September 2014

Ihre Renteninformation

Sehr geehrter Herr Smuda,

in dieser Renteninformation haben wir die für Sie vom 17.08.1998 bis zum 02.07.2014 gespeicherten Daten, den Versorgungsausgleich und das geltende Rentenrecht berücksichtigt. Ihre **Regelaltersrente** würde am **01.02.2046** beginnen. Änderungen in Ihren persönlichen Verhältnissen und gesetzliche Änderungen können sich auf Ihre zu erwartende Rente auswirken. Bitte beachten Sie, dass von der Rente auch Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge sowie gegebenenfalls Steuern zu zahlen sind. Auf der Rückseite finden Sie zudem wichtige Erläuterungen und zusätzliche Informationen.

Rente wegen voller Erwerbsminderung

Wären Sie heute wegen gesundheitlicher Einschränkungen voll erwerbsgemindert, bekämen Sie von uns eine monatliche Rente von:

691,66 EUR

Höhe Ihrer künftigen Regelaltersrente

Ihre bislang erreichte Rentenanwartschaft entspräche nach heutigem Stand einer monatlichen Rente von:

256,95 EUR

Sollten bis zum Rentenbeginn Beiträge wie im Durchschnitt der letzten fünf Kalenderjahre gezahlt werden, bekämen Sie ohne Berücksichtigung von Rentenanpassungen von uns eine monatliche Rente von:

954,28 EUR

Rentanpassung

Aufgrund zukünftiger Rentenanpassungen kann die errechnete Rente in Höhe von 954,28 EUR tatsächlich höher ausfallen. Allerdings können auch wir die Entwicklung nicht vorhersehen. Deshalb haben wir - ohne Berücksichtigung des Kaufkraftverlustes - zwei mögliche Varianten für Sie gerechnet. Beträgt der jährliche Anpassungssatz 1 Prozent, so ergäbe sich eine monatliche Rente von etwa 1.290 EUR. Bei einem jährlichen Anpassungssatz von 2 Prozent ergäbe sich eine monatliche Rente von etwa 1.760 EUR.

Zusätzlicher Vorsorgebedarf

Da die Renten im Vergleich zu den Löhnen künftig geringer steigen werden und sich somit die spätere Lücke zwischen Rente und Erwerbseinkommen vergrößert, wird eine zusätzliche Absicherung für das Alter wichtiger ("Versorgungslücke"). Bei der ergänzenden Altersvorsorge sollten Sie - wie bei Ihrer zu erwartenden Rente - den Kaufkraftverlust beachten.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Deutsche Rentenversicherung

Bitte nehmen Sie diesen Beleg zu Ihren Rentenunterlagen.

Renteninformation 2014



Papier aus verantwortungsvollen
Quellen

Grundlagen der Rentenberechnung

Die Höhe Ihrer Rente richtet sich im Wesentlichen nach Ihren durch Beiträge versicherten Arbeitsverdiensten. Diese rechnen wir in **Entgeltpunkte** um. Ihrem Rentenkonto schreiben wir einen Entgeltpunkt gut, wenn Sie ein Jahr lang genau den Durchschnittsverdienst aller Versicherten (zurzeit 34.857 EUR) erzielt haben. Daneben können Ihnen aber auch Entgeltpunkte für bestimmte Zeiten gutgeschrieben werden, in denen keine Beiträge (z.B. für Fachschulausbildung) oder Beiträge vom Staat, von der Agentur für Arbeit, von der Krankenkasse oder anderen Stellen (z.B. für Wehr- oder Zivildienst, Kindererziehung, Arbeitslosigkeit und Krankheit) für Sie gezahlt wurden. Um die Höhe der Rente zu ermitteln, werden alle Entgeltpunkte zusammengezählt und mit dem so genannten aktuellen Rentenwert vervielfältigt. Der aktuelle Rentenwert beträgt zurzeit 28,61 EUR in den alten und 26,39 EUR in den neuen Bundesländern. Das heißt, ein Entgeltpunkt entspricht heute beispielsweise in den alten Bundesländern einer monatlichen Rente von 28,61 EUR. Beginnt die Altersrente vor oder nach dem 01.02.2046, kann dies zu Abschlägen bzw. Zuschlägen bei der Rente führen.

Rentenbeiträge und Entgeltpunkte

Bisher haben wir für Ihr Rentenkonto folgende Beiträge erhalten:

- Von Ihnen
- Von Ihrem/n Arbeitgeber/n
- Von öffentlichen Kassen (z.B. Krankenkasse, Agentur für Arbeit)
- Aus den erhaltenen Beiträgen und Ihren sonstigen Versicherungszeiten haben Sie bisher insgesamt Entgeltpunkte in folgender Höhe erworben:

21.967,32 EUR
21.967,29 EUR
9.007,81 EUR
8,9813

Rente wegen voller Erwerbsminderung

Bei einer Rente wegen Erwerbsminderung schreiben wir Ihnen, sofern Sie das 62. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zusätzliche Entgeltpunkte gut, ohne dass hierfür Beiträge gezahlt worden sind. Eine Erwerbsminderungsrente wird auf Antrag grundsätzlich nur gezahlt, wenn in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung mindestens drei Jahre Pflichtbeitragszeiten vorliegen.

Höhe Ihrer künftigen Regelaltersrente

Zur Berechnung Ihrer künftigen Rente ermitteln wir die durchschnittlichen Entgeltpunkte für die letzten fünf Kalenderjahre. Dabei können wir für das jeweils letzte Kalenderjahr vor der Renteninformation nur einen vorläufigen Durchschnittsverdienst aller Versicherten verwenden. Der endgültige Durchschnittsverdienst weicht regelmäßig von dem vorläufigen Wert ab. Daher kann sich die ermittelte Rente im Vergleich zu Ihrer vorherigen Renteninformation auch bei gleichbleibender Beitragszahlung erhöht oder vermindert haben.

Rentenanpassung, Kaufkraft und Inflation

Die Dynamisierung (Erhöhung) der Rente erfolgt durch die Rentenanpassung. Sie richtet sich grundsätzlich nach der Lohnentwicklung, die für die Rentenanpassung - insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung - nur vermindert berücksichtigt wird. Die Höhe der zukünftigen Rentenanpassungen kann nicht verlässlich vorhergesehen werden. Wir haben Ihre Rente daher unter Berücksichtigung der Annahmen der Bundesregierung zur Lohnentwicklung dynamisiert. Die ermittelten Beträge sind - wie alle weiteren späteren Einkünfte (z. B. aus einer Lebensversicherung) - wegen des Anstiegs der Lebenshaltungskosten und der damit verbundenen Geldentwertung (Inflation) in ihrer Kaufkraft aber nicht mit einem heutigen Einkommen in dieser Höhe vergleichbar (Kaufkraftverlust). So werden bei einer Inflationsrate von beispielsweise 1,5 Prozent pro Jahr bei Beginn Ihrer Regelaltersrente 100 EUR voraussichtlich nur noch eine Kaufkraft nach heutigen Werten von etwa 63 EUR besitzen.

Unser Service

Haben Sie Fragen, benötigen Sie einen Versicherungsverlauf oder unseren Rat? Rufen Sie uns einfach an. Sie erreichen uns unter der kostenfreien Nummer unseres Servicetelefons 0800 100048011 von Montag bis Donnerstag von 08:00 Uhr bis 19:30 Uhr und am Freitag von 08:00 Uhr bis 17:00 Uhr. Sie können sich auch in unseren Auskunfts- und Beratungsstellen oder im Internet informieren. Auch Fragen zur staatlich geförderten zusätzlichen Altersvorsorge oder zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beantworten wir gern.